

## Protokoll 146. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 21. April 2021, 17.00 Uhr bis 20.07 Uhr, in der Halle 9  
der Messe Zürich

---

Vorsitz: Präsidentin Helen Glaser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Markus Baumann (GLP), Albert Leiser (FDP), Olivia Romanelli (AL),  
Vera Ziswiler (SP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste  
folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2021/164](#) \* Weisung vom 14.04.2021: FV  
Finanzverwaltung, Rechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung  
von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen, Abnahme
3. [2021/123](#) \* Postulat von Matthias Renggli (SP), Marco Denoth (SP) und FV  
E 2 Mitunterzeichnenden vom 24.03.2021:  
Umnutzung des Gebäudes an der Käferholzstrasse 2 als  
Infrastruktur für Kinder und Jugendliche
4. [2021/154](#) \* Postulat von Alan David Sangines (SP) und Luca Maggi (Grüne) VSI  
E vom 07.04.2021:  
Nichtverwendung von gerichtlich kassierten Einträgen im Polizei-  
Informationssystem (POLIS) für verwaltungsrechtliche Massnah-  
men durch die Fachgruppe Lärmschutz der Stadtpolizei sowie  
Gewährung des rechtlichen Gehörs bei Lärmeinträgen im  
POLIS-Journal
5. [2021/155](#) \* Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) VGU  
E vom 07.04.2021:  
Verpflegungsbetriebe der Stadt Zürich, Steigerung des Anteils  
an biologischen Produkten auf mindestens 50 %
6. [2021/158](#) \* Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez VHB  
E (AL) vom 12.04.2021:  
Anpassung der Sondernutzungsplanung Maag-Areal Plus bei  
Realisierung eines Projekts mit Verzicht auf den Abbruch der  
Maag-Hallen

- |     |                          |     |  |     |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 7.  | <a href="#">2020/351</a> |     | Weisung vom 26.08.2020:<br>Postulat von Christine Seidler und 32 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens, Bericht und Abschreibung | STP |
| 8.  | <a href="#">2020/478</a> |     | Weisung vom 04.11.2020:<br>Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, dreijähriges Pilotprojekt und Objektkredit  | VGU |
| 9.  | <a href="#">2020/589</a> |     | Weisung vom 16.12.2020:<br>Schul- und Sportdepartement, Kulturama-Stiftung, Beiträge 2021–2024   | VSS |
| 11. | <a href="#">2021/127</a> | E/A | Dringliches Postulat von Dominique Zygmunt (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 24.03.2021:<br>Erhöhung der Anzahl bewilligter Sitzplätze auf temporär ausgeweiteten Boulevardflächen für gastronomische Angebote auf öffentlichem Grund                                     | VSI |
| 12. | <a href="#">2019/481</a> | E/A | Postulat von Patrik Maillard (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 06.11.2019:<br>Evaluiertes Pilotprojekt für eine Späterlegung der ersten Morgenlektion auf Sekundarstufe   | VSS |
| 13. | <a href="#">2019/519</a> | E/T | Postulat von Nicole Giger (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.11.2019:<br>Öffnung der offenen Rennbahn Oerlikon für weitere ergänzende Nutzungen   | VSS |

\* Keine materielle Behandlung

## Mitteilungen

Die Mitteilungen der Ratspräsidentin werden zur Kenntnis genommen.

### 3873. 2021/116 Ratsmitglied Gabriele Kisker (Grüne); Rücktritt

Die Ratspräsidentin gibt den Rücktritt von Gabriele Kisker (Grüne 1+2) auf den 22. April 2021 bekannt und würdigt ihre Amtstätigkeit.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**3874. 2021/181****Erklärung der GLP-Fraktion vom 21.04.2021:  
Klimaziel Netto-Null bis 2040 für die Stadt Zürich**

Namens der GLP-Fraktion verliest Martina Novak (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Netto-null Züri: 4xWin für Klima, Umwelt, städtische Wirtschaft & die Bevölkerung

Die Entwicklung der Treibhausgasemissionen in der Stadt steht nicht im Einklang mit den wissenschaftlich erforderlichen Klimazielen. Umso erfreulicher ist es, hat der Stadtrat heute – wie von der GLP mitgefordert – ein neues Klimaziel für Zürich präsentiert. Obschon wir ursprünglich ein ambitionierteres Ziel gefordert hatten, bietet das Klimaziel netto-null 2040 wie sich jetzt zeigt insgesamt das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis für Klima, Umwelt, die städtische Bevölkerung und die lokale Wirtschaft. Es schafft insbesondere neue Businesschancen für die städtische Wirtschaft und wird die Lebensqualität der Stadtbevölkerung steigern.

Ein ambitioniertes aber umsetzbares Klimaziel für Zürich

Gemeinsam mit den Fraktionen der SP, Grüne, AL und der Parlamentsgruppe EVP hat die GLP den Stadtrat 2019 per Motion aufgefordert, in der Gemeindeordnung ein netto-null Klimaziel für 2030 festzulegen. Nach eingehender Prüfung hat dieser festgestellt und heute aufgezeigt, dass dieses nicht umsetzbar ist: Es hätte erhebliche wirtschaftliche und gesellschaftliche Mehrkosten zur Folge und wäre unter Einhaltung der direkt-demokratischen Prozesse realistisch gesehen nicht umsetzbar. Für die GLP ist klar, dass die Diskussion zu den Klimazielen auf verlässliche Daten und fundierte Analysen der Wissenschaft abstützen muss. Daher ist das vorgeschlagene Klimaziel für 2040 gemäss unserer ersten Einschätzung immer noch äusserst ambitioniert aber machbar: Es bietet insgesamt ein gutes Verhältnis zwischen den erforderlichen Investitionen und dem Nutzen für das Stadtklima, die Umwelt, die städtische Bevölkerung und die lokale Wirtschaft. Aus Sicht der GLP ist insbesondere erfreulich, dass der Stadtrat neben den direkten Emissionen auch ein Ziel für die Reduktion der indirekten städtischen Emissionen vorsieht. Bei der Umsetzung will er richtigerweise auf den Einsatz von mit Risiken behafteten Emissionszertifikaten verzichten. Ebenfalls begrüsst es die GLP, dass der Stadtrat für die Stadtverwaltung ein ambitionierteres Klimaziel vorsieht: Es ist zentral, dass die Stadtverwaltung im Klimaschutz ihre Vorbildrolle wahrnimmt und mit gutem Beispiel vorangeht.

Neue Businesschancen für die städtische Wirtschaft, bessere Lebensqualität für die Stadtbevölkerung

Die erforderlichen Investitionen für die Umsetzung des Klimaziels netto-null 2040 – nicht nur aber insbesondere in die Modernisierung unseres Gebäudeparks und eine nachhaltige städtische Mobilität – werden aus Sicht der GLP einen Mehrnutzen für die städtische Wirtschaft und die Stadtbevölkerung bringen. Unter anderem wird unser lokales Baugewerbe dank Mehraufträgen gestärkt und die Bevölkerung wird von verbesserter Wohn- und Luftqualität profitieren. Das Klimaziel wird lokale Investitionen auslösen, was den Werkplatz und Wirtschaftsstandort Zürich stärken wird. Netto-null 2040 wird aus Sicht von uns Grünliberalen auch Innovationen ankurbeln – bei gleichzeitiger Gewährleistung eines angemessenen Zeithorizonts, so dass sich neue Geschäftsmodelle am Markt durchsetzen können. Zürich ist prädestiniert dafür, Vorreiterin im Klimaschutz zu sein. Ansätze im Bereich der Kreislaufwirtschaft, der klimatauglichen Mobilität und Logistik oder im Bereich der Energie- und Materialeffizienz sind nur einige Beispiele, die in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen werden. Mit unseren innovativen KMU und Startups können wir die Transformation zu einer klimatauglichen Stadt schaffen und dazu beitragen das netto-null Ziel bis 2040 zu erreichen.

Eine sozialverträgliche Umsetzung des Klimaziel ist genauso wichtig

Der Transformationsprozess in Richtung netto-null 2040 birgt auch Herausforderungen. Die Modernisierung unseres Gebäudeparks könnte beispielsweise zu höheren Mietzinsen für die Mieterschaft führen. Auch können bisherige Wirtschaftsbranchen und Geschäftsmodelle unter Druck geraten. Die GLP erachtet es als genauso wichtig die Chancen, die sich durch das Klimaziel ergeben bestmöglich zu nutzen, als auch die Herausforderungen, die mit der Umsetzung auftreten, anzugehen. Der Anpassungshorizont und die Anpassungsmöglichkeiten müssen wirtschafts- und gesellschaftsverträglich ausgestaltet werden. Deshalb begrüssen wir es, wenn der Stadtrat auch flankierende Massnahmen prüft, um beispielsweise den Druck auf den Wohnungsmarkt, auf besonders vulnerable Bevölkerungsgruppen und stark exponierte Branchen abzufedern. Für die GLP ist es entscheidend, dass alle relevanten Akteure der Stadt mit auf den Weg in Richtung netto-null genommen werden und wir alle bei der Umsetzung mitwirken. Nur wenn das städtische Klimaziel breitmöglichst mitgetragen wird, können die Innovationspotenziale und Vorteile vollumfänglich ausgeschöpft werden.

**3875. 2021/182****Erklärung der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.04.2021:  
Einschränkung der Demonstrationsfreiheit am 1. Mai durch den Regierungsrat**

Namens der SP-, Grüne- und AL-Fraktion verliest Luca Maggi (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Die Versammlungsfreiheit gilt auch für den Regierungsrat!

Der Tag der Arbeit steht vor der Türe. Zum zweiten Mal in Folge soll es – geht es nach dem Willen des Regierungsrates – am 1. Mai in der Stadt Zürich keine Demonstration geben. In der Stadt Zürich sind dennoch zahlreiche bewilligte und andere politische Aktionen geplant. Die Mobilisierung läuft auf verschiedenen Kanälen und durch verschiedenen Organisationen auf Hochtouren.

Den Regierungsrat kümmert diese Realität nicht. Einerseits hält er an seiner bundesrechtswidrigen Einschränkung der Demonstrationsfreiheit fest, andererseits erhöht er die erlaubte Teilnehmer\*innenanzahl bei Kundgebungen auf 100. Diese Zahl ist für Veranstalter\*innen weder kontrollier- noch durchsetzbar. Ein\*e Bewilligungsinhaber\*in setzt sich dem grossen Risiko aus, dass einem öffentlichen Aufruf mehr als die erlaubten 100 Personen folgen und dann sie als Einzelperson den Kopf hinhalten muss. Das bedeutet, dass viele Menschen am Tag der Arbeit entweder in ihren politischen Rechten eingeschränkt sind oder dass sie bestraft werden, wenn sie diese wahrnehmen.

Ausser in den Kantonen Bern und Zürich sind Demonstrationen auch am Tag der Arbeit in der ganzen Schweiz erlaubt. In Schaffhausen, Altdorf oder Liestal war die Polizei mitten in der Pandemie Zuschauerin, als Coronaleugner\*innen zusammen mit Rechtsextremen ohne Masken ihre Demonstrationen durchführten. Dies obwohl sogar aktiv gegen Schutzkonzepte verstossen und dazu aufgerufen wurde. Wir als Stadt Zürich werden also ausbaden müssen, was der Regierungsrat von seinem Bürotisch aus mit seiner unzulässigen und nicht durchsetzbaren Verordnung anrichtet. Während die Restaurantterrassen offen sind oder an der Bahnhofstrasse an schönen Samstagen tausende von Menschen im Umzugstempo durch die Strassen schlendern, soll ausgerechnet in der grössten Stadt der Schweiz die Demonstrationsfreiheit am Tag der Arbeit massiv eingeschränkt bleiben? Das ist absurd!

Die Verantwortung für diese fahrlässige Gefährdung des Tags der Arbeit liegt alleine beim Regierungsrat. Die Stadtpolizei Zürich wird dieses unsinnige Demoverbot aller Voraussicht nach durchsetzen. Wie dies verhältnismässig und mit Augenmass geschehen soll, ist die grosse Frage. Nicht einmal, als seitens Stadtrates vor einigen Wochen die gleiche Kritik kam, hatte der Regierungsrat eine Antwort. Er richtet den Schaden an und schweigt dann bewusst.

Klar ist: Zweck der Covid-Verordnung ist es, die Ausbreitung des Virus zu verhindern, nicht aber, Demonstrationen zu verbieten. Aus epidemiologischer Sicht müssen physische Auseinandersetzungen, Einkesselungen oder auch das bewusste Zusammentreiben von Menschen unter allen Umständen vermieden werden. Zahlreiche linke Kundgebungen und Aktionen, in Zürich und in der ganzen Schweiz, haben bewiesen, dass solidarische Schutzmassnahmen eingehalten und umgesetzt werden. Eine Demonstration mit Abständen und Maskenpflicht wäre möglich!

Noch hat der Regierungsrat Zeit, den vorprogrammierten Schaden abzuwenden und die politischen Grundrechte im Kanton Zürich wiederherzustellen. Stand heute droht der diesjährige Tag der Arbeit in Zürich zur gesundheitlichen und demokratiepolitischen Farce zu werden. Nehmen Sie diesen letzten Appell ernst!

**G e s c h ä f t e****3876. 2021/164****Weisung vom 14.04.2021:  
Finanzverwaltung, Rechnung 2020 der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen  
Wohn- und Gewerberäumen, Abnahme**

Zuweisung an die RPK gemäss Zirkularbeschluss des Büros vom 20. April 2021

**3877. 2021/123**

**Postulat von Matthias Renggli (SP), Marco Denoth (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 24.03.2021:  
Umnutzung des Gebäudes an der Käferholzstrasse 2 als Infrastruktur für Kinder und Jugendliche**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3878. 2021/154**

**Postulat von Alan David Sangines (SP) und Luca Maggi (Grüne) vom 07.04.2021:  
Nichtverwendung von gerichtlich kassierten Einträgen im Polizei-Informationssystem (POLIS) für verwaltungsrechtliche Massnahmen durch die Fachgruppe Lärmschutz der Stadtpolizei sowie Gewährung des rechtlichen Gehörs bei Lärmeinträgen im POLIS-Journal**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3879. 2021/155**

**Postulat von Selina Walgis (Grüne) und Julia Hofstetter (Grüne) vom 07.04.2021:  
Verpflegungsbetriebe der Stadt Zürich, Steigerung des Anteils an biologischen Produkten auf mindestens 50 %**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Stephan Iten (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

**3880. 2021/158****Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 14.04.2021: Anpassung der Sondernutzungsplanung Maag-Areal Plus bei Realisierung eines Projekts mit Verzicht auf den Abbruch der Maag-Hallen**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Willi Wottreng (AL) vom 14. April 2021 (vergleiche Beschluss-Nr. 3834/2021)

Die Dringlicherklärung wird von 82 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 63 Stimmen gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

**3881. 2020/351****Weisung vom 26.08.2020:****Postulat von Christine Seidler und 32 Mitunterzeichnenden betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens, Bericht und Abschreibung**

Antrag des Stadtrats

1. Vom Bericht betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/60, von Christine Seidler (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 7. Februar 2018 betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Stefan Urech (SVP)

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)

Abwesend: Natalie Eberle (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 115 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP)

Abwesend: Natalie Eberle (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 113 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2018/60, von Christine Seidler (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 7. Februar 2018 betreffend Realisierung eines Stadtlabors (Laborquartiers) zur Erprobung zukunftssträchtiger Formen des Zusammenlebens, des Wirtschaftens und des Wohnens wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. April 2021

### **3882. 2020/478**

**Weisung vom 04.11.2020:**

**Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, dreijähriges Pilotprojekt und Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Für die Umsetzung des Pilotprojekts zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung werden Ausgaben von Fr. 4 569 885.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Konzept «Medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung in der Stadt Zürich» (Beilage, datiert vom 6. Oktober 2020) wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
3. Die Motion, GR Nr. 2017/376, der AL-Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird als erledigt abgeschrieben.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Referent; Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)  
 Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Nicolas Cavalli (GLP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Referent; Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Marcel Bührig (Grüne), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)  
 Minderheit: Walter Anken (SVP), Referent; Nicolas Cavalli (GLP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK GUD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3

Zustimmung: Präsident Dr. David Garcia Nuñez (AL), Referent; Vizepräsidentin Marion Schmid (SP), Walter Anken (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Nicolas Cavalli (GLP), Sofia Karakostas (SP), Joe A. Manser (SP), Rolf Müller (SVP), Martina Novak (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marcel Savarioud (SP), Elisabeth Schoch (FDP), Natascha Wey (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Umsetzung des Pilotprojekts zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung werden Ausgaben von Fr. 4 569 885.– bewilligt.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Das Konzept «Medizinische Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung in der Stadt Zürich» (Beilage, datiert vom 6. Oktober 2020) wird zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Zusicherung des Stadtrats, dem Gemeinderat einen Bericht über die Umsetzung der dreijährigen Pilotphase und allenfalls die notwendigen Beschlüsse zur Überführung in den Regelbetrieb zu unterbreiten.
3. Die Motion, GR Nr. 2017/376, der AL-Fraktion vom 1. November 2017 betreffend Pilotprojekt zur medizinischen Versorgung von Menschen, die keinen Zugang zum Gesundheitswesen haben, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. April 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 28. Juni 2021)

**3883. 2020/589****Weisung vom 16.12.2020:****Schul- und Sportdepartement, Kulturama-Stiftung, Beiträge 2021–2024**

Antrag des Stadtrats

1. Der Kulturama-Stiftung wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 544 500.– bewilligt für den Betrieb des Museums und den Erlass der Kostenmiete.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Kulturama-Stiftung eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen und dabei die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.
3. Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 4630 vom 15. Januar 2014 wird per Ende 2021 aufgehoben. Auf Grundlage dieses Beschlusses an die Kulturama-Stiftung ausgerichtete Beiträge für das Jahr 2021 werden an den Beitrag gemäss Ziffer 1 angerechnet.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP)

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung:	Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Referentin; Sarah Breitenstein (SP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Christian Huser (FDP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Mark Richli (SP), Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung:	Präsident Stefan Urech (SVP), Simone Hofer Frei (GLP), Shaibal Roy (GLP)
Abwesend:	Roger Bartholdi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Kulturama-Stiftung wird für die Jahre 2021–2024 ein jährlich wiederkehrender Beitrag von Fr. 544 500.– bewilligt für den Betrieb des Museums und den Erlass der Kostenmiete.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Kulturama-Stiftung eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen und dabei die Beitragsleistungen von Auflagen und Bedingungen abhängig zu machen.
3. Der Gemeinderatsbeschluss Nr. 4630 vom 15. Januar 2014 wird per Ende 2021 aufgehoben. Auf Grundlage dieses Beschlusses an die Kulturama-Stiftung ausgerichtete Beiträge für das Jahr 2021 werden an den Beitrag gemäss Ziffer 1 angerechnet.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. April 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 28. Juni 2021)

**3884. 2021/127**

**Dringliches Postulat von Dominique Zygmont (FDP) und Martin Bürki (FDP) vom 24.03.2021:**

**Erhöhung der Anzahl bewilligter Sitzplätze auf temporär ausgeweiteten Boulevardflächen für gastronomische Angebote auf öffentlichem Grund**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominique Zygmont (FDP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3764/2021).

Felix Moser (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 14. April 2021 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Dringliche Postulat wird mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3885. 2019/481**

**Postulat von Patrik Maillard (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 06.11.2019: Evaluiertes Pilotprojekt für eine Späterlegung der ersten Morgenlektion auf Sekundarstufe**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1848/2019).

Stefan Urech (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 102 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3886. 2019/519**

**Postulat von Nicole Giger (SP) und Sven Sobernheim (GLP) vom 27.11.2019: Öffnung der offenen Rennbahn Oerlikon für weitere ergänzende Nutzungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Nicole Giger (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1967/2019).

Matthias Probst (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 18. Dezember 2019 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Areal der offenen Rennbahn Oerlikon für weitere ergänzende Nutzungen geöffnet werden kann. Dabei sind naheliegende Velo-nahe Nutzungen wie Pump-Tracks, oder auch Coworking Spaces ähnliches zu bevorzugen. Quartier-versorgende Nutzungen sind ebenso denkbar.

Christian Huser (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Areal der offenen Rennbahn Oerlikon ohne Einschränkung der bestehenden Nutzung für weitere ergänzende Nutzungen geöffnet werden kann. Dabei sind naheliegende Nutzungen wie Pump-Tracks, oder auch Coworking Spaces denkbar.

Nicole Giger (SP) ist mit beiden Textänderungen einverstanden.

Angenommene Textänderungen:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie das Areal der offenen Rennbahn Oerlikon ohne Einschränkung der bestehenden Nutzung für weitere ergänzende Nutzungen geöffnet werden kann. Dabei sind naheliegende Velo-nahe Nutzungen wie Pump-Tracks, oder auch Coworking Spaces ähnliches zu bevorzugen. Quartier-versorgende Nutzungen sind ebenso denkbar.

Das geänderte Postulat wird mit 104 gegen 6 Stimmen (bei 1 Enthaltung) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

## E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 3887. 2021/183

#### **Motion der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 21.04.2021:**

#### **Verordnung über die Grundsätze und die Kompetenzregeln für die Steuerung der städtischen Beteiligungen**

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 21. April 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Verordnung über die Grundsätze und die Kompetenzregeln für die Steuerung der städtischen Beteiligungen vorzulegen. Dabei ist zu prüfen, ob die Verordnung über städtische Vertretungen in Organen von Drittinstitutionen (VVD, AS 177.300) in die neue Verordnung integriert werden kann. Für die breitere demokratische Abstützung der Steuerung der wichtigsten Beteiligungen soll die neue Verordnung insbesondere

1. festhalten, dass der Gemeinderat darüber entscheidet, welche Beteiligungen als strategische Beteiligungen von hoher Bedeutung gelten ("A-Beteiligungen"),
2. die Rechte des Gemeinderates bezüglich Genehmigung oder Abänderung der Eigentümerstrategien für diese Beteiligungen regeln,
3. die Aufsichtsrechte des Gemeinderates stärken und in diesem Sinne die Organisation der Aufsicht und der Oberaufsicht über die Beteiligungen durch den Gemeinderat sowie die damit verbundenen Kompetenzen des Gemeinderates festlegen, namentlich die analog zu Artikel 48 GO (neu) zu regelnden Informationsrechte (Aktenherausgabe),

4. Form und Inhalt der Berichterstattung des Stadtrats über die Beteiligungen gegenüber der Öffentlichkeit und dem Gemeinderat regeln.

Begründung:

Mit den zu 100 Prozent der Stadt gehörenden öffentlich-rechtlichen Anstalten und den von der Stadt Zürich mit Mehrheitsbeteiligungen kontrollierten privatrechtlichen Unternehmen verfügt die Stadt Zürich über starke Instrumente zur Umsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele. Dazu gehören unter anderem die Klima-Ziele. Mit der Ausarbeitung der Beteiligungsrichtlinien hat der Stadtrat wichtige organisatorische Grundlagen für eine zeitgemässe Steuerung der Beteiligungen geschaffen. Mit der Übertragung von Kompetenzen an den Gemeinderat soll die Steuerung der von der Stadt Zürich kontrollierten Beteiligungen mit hoher Bedeutung breiter abgestützt werden.

Die vom Gemeinderat angestossene Revision der Rechtsgrundlagen der AOZ, die Diskussionen über die dem Gemeinderat vorgelegte Verordnung über die Steuerung der ewz-Gesellschaften und die Diskussionen um die Revision der Statuten der im gemeinnützigen Wohnungsbau aktiven öffentlich-rechtlichen Anstalten zeigen die Bedeutung dieses Anliegens. Zudem soll geprüft werden, ob die heute 21 Artikel umfassende VVD in die neue Verordnung integriert werden und die heutige Regelungstiefe der Bestimmungen reduziert werden kann.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3888. 2021/184**

#### **Motion der AL-Fraktion vom 21.04.2021: Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und Liquidation der Parking Zürich AG**

Von der AL-Fraktion ist am 21. April 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung für die Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und die Liquidation der Parking Zürich AG ([parkingzuerich.ch](http://parkingzuerich.ch)) zu unterbreiten.

Begründung:

Die zu 100 Prozent der Stadt Zürich gehörende Parking Zürich AG ist für den Betrieb und Unterhalt von 14 Parkierungsanlagen in der Stadt Zürich und einem Parkhaus in Rheinfeldern verantwortlich. In der Stadt Zürich sind dies neben den Parkhäusern der Liegenschaftenverwaltung zwei Parkhäuser in Liegenschaften der Baugenossenschaft Zurlinden (A-Park und Albisriederplatz), das zum Amtshaus gehörende Parkhaus Helvetiaplatz sowie das zur Kantonsschule gehörende Parkhaus Rämibühl und die Busstation beim Hauptbahnhof.

Im Verwaltungsrat der Parkhaus Zürich AG sitzen die Dienstchefinnen des Tiefbauamts, von Liegenschaften Zürich, der Sozialen Dienste sowie der stellvertretende Direktor der Dienstabteilung Verkehr. Die Aktien der Parking Zürich AG sind 2019 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen übertragen worden.

Berichterstattung des Stadtrats und (Ober-)Aufsicht durch den Gemeinderat über die Aktiengesellschaft ist nur eingeschränkt möglich. Der Jahresbericht ist nicht öffentlich. Im Geschäftsbericht des Stadtrats wird nicht Bereich erstattet. Um die Struktur zu verschlanken und die Aufsicht sicherzustellen drängt sich - analog zur 2020 vollzogenen Kommunalisierung der Rolf Bossard AG – die Kommunalisierung der Parking Zürich AG auf.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3889. 2021/185**

#### **Motion von Julia Hofstetter (Grüne), Brigitte Fürer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021: Pilotprojekt für ein «Zirkuläres Bauen» bei städtischen Gebäuden**

Von Julia Hofstetter (Grüne), Brigitte Fürer (Grüne) und 1 Mitunterzeichnenden ist am 21. April 2021 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine kreditschaffende Weisung für ein Pilotprojekt «Zirkuläres Bauen» vorzulegen. Dieses Pilotprojekt soll im Sinne der Vorbildfunktion der Stadt aufzeigen, wie städtische Gebäude als

zirkuläre Bauwerke geplant werden können. Das bedeutet, dass die Gebäude rückbaubar sein sollen, um eine spätere Wiederverwendung der Materialien, also die Demontage und den Wiederaufbau an anderer Stelle zu ermöglichen und wo immer möglich sollen Bauteile aus dem Rückbau anderer Gebäude eingebaut werden.

Begründung:

Zirkuläres Bauen ist mehr als Baustoff-Recycling. Zirkuläres Bauen steht für temporäres Entnehmen, für maximale Modularisierung und Vorfertigung, für die sortenreine Entnehmbarkeit aller Materialien und Produkte. In der Schweiz fallen jährlich mehr als 17 Millionen Tonnen Abfälle aus dem Um- und Rückbau von Bauwerken an. Rund zwei Drittel werden durch Recycling verwertet. Der Rest landet auf Deponien. Nur ein winziger Teil der wiederverwendbaren Bauteile wird in anderen Objekten eingebaut.

Um die Verschwendung von Energie und Rohstoffen zu reduzieren, und damit in Zukunft weniger Primärressourcen verbraucht werden, sollen Materialkreisläufe beim Bauen geschlossen werden. Durch die geeignete Wahl der Bauweisen und der Materialien, durch leicht zu trennende Materialverbindungen können Gebäude errichtet werden, die am Ende ihres Lebenszyklus ohne negative Einflüsse auf die Umwelt demontiert und wiederverwendet oder abgebrochen und rezykliert werden können. Werden Gebäude abgerissen, haben sie oft das Ende ihrer Lebensdauer noch lange nicht erreicht. Beim Rückbau fallen viele Bauteile an, welche noch funktionstüchtig sind. Und doch werden sie meist entsorgt. Dabei geht die sogenannte «graue Energie» verloren. Würden die Bauteile in ein neues Objekt eingebaut, könnten sowohl die CO<sub>2</sub>-Emissionen wie auch die Bauabfälle reduziert werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3890. 2021/186**

#### **Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP) und Ronny Siev (GLP) vom 21.04.2021: Darstellung der Geschichte des Pfauens und der aufgenommenen Kunstschaaffenden vor und während des 2. Weltkriegs**

Von Yasmine Bourgeois (FDP) und Ronny Siev (GLP) ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im Schauspielhaus an dessen Zeit vor und während des 2. Weltkriegs und die Jahre danach erinnert werden kann. Insbesondere soll der Stadtrat einen geeigneten Weg finden, die Geschichte des Pfauens in jener Zeit und die der aufgenommenen Kunstschaaffenden und ihrer Angehörigen, sowie ihre Flucht in die Schweiz, dem Publikum darzustellen.

Begründung:

Das Ensemble des Schauspielhauses bestand vor und während des zweiten Weltkrieges zu einem guten Teil aus jüdischen und oppositionellen Kunstschaaffenden aus Deutschland und Österreich. Der Pfauen musste deshalb sogar regelmässig gegen Drohungen und Aggressionen der Frontisten verteidigt werden. Viele Kunstschaaffende konnten in die Schweiz flüchten, viele andere wurden jedoch an der Grenze von der Schweizer Grenzwaache in den Tod geschickt. Während der dreissiger und vierziger Jahre war das Schauspielhaus das wichtigste freie Theater im Deutschsprachigen Raum und es auch in den Jahrzehnten danach konnte das Haus von dieser aussergewöhnlichen Ansammlung an grossen Kunstschaaffenden zehren. Diese aufwühlende Geschichte, genauso wie der Holocaust insgesamt und die Rolle der Schweiz, gerät immer mehr in Vergessenheit.

Mitteilung an den Stadtrat

### **3891. 2021/187**

#### **Postulat von Sebastian Vogel (FDP) und Martina Zürcher (FDP) vom 21.04.2021: Grossflächige, grüne Schattendächer bei städtischen Bauprojekten**

Von Sebastian Vogel (FDP) und Martina Zürcher (FDP) ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei städtischen Bauprojekten, wo ökologisch und ökonomisch sinnvoll, die Nutzung von grossflächigen, grünen Schattendächer zum Einsatz kommen könnte.

Begründung:

Aufgrund der zunehmenden klimatischen Veränderungen und der während der Sommermonate prognostizierten Hitzesituationen auf städtischem Gebiet (vgl. auch die Debatte vom 31. März 2021 zum Thema «Fachplanung Hitzeminderung») sind innovative Lösungsansätze zum Thema Kühlung gefragt.

Eine praktikable Umsetzungsidee sind neben dem Pflanzen von Bäumen auch grossflächige Pflanzendächer. Drahtseil- und Netzstrukturen aus Edelstahl, wie beispielsweise beim MFO-Park in Oerlikon, bieten die Möglichkeit, dass geeignete (Schling-) Pflanzen daran emporwachsen können. Solche grossflächigen Pflanzendächer spenden durch ihre Konstruktion den notwendigen Schatten und tragen durch den Aufbau eines Mikroklimas zur Senkung der Temperatur bei. Dies könnte auch bei bestehenden städtischen Plätzen ergänzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

### 3892. 2021/188

**Postulat von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden vom 21.04.2021:**

**Verzicht auf die Entfernung der Inschriften «zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» und Kontextualisierung der Inschriften anhand einer Infotafel oder eines QR-Codes**

Von Stefan Urech (SVP), Shaibal Roy (GLP) und 7 Mitunterzeichnenden ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob auf die Entfernung der Inschriften «Zum Mohrenkopf» und «zum Mohrentanz» verzichtet werden kann. Stattdessen sollen die Inschriften anhand einer Infotafel oder einem QR-Code in den historischen Kontext gesetzt werden.

Begründung:

«Rassismus darf nicht toleriert werden». Gegen diesen Satz aus dem vor Kurzem veröffentlichten Bericht der Projektgruppe RiöR (Rassismus im öffentlichen Raum) gibt es nichts einzuwenden. Eine Anfrage bei der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (die vom Bundesrat «zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung» eingesetzt wurde) ergab gemäss der Projektgruppe RiöR, dass weder in Bezug auf die Bundesverfassung noch auf das Privat- und Strafrecht eine direkte Handlungspflicht der Stadt für die Entfernung der Inschriften besteht.

Die Inschriften widerspiegeln eine Faszination der damaligen Zürcher Bevölkerung für die damals so genannten «Mohren». Dieser Begriff bezieht sich auf die Mauren, die in Nordafrika lebten und bis im 15. Jahrhundert auch grosse Teile der iberischen Halbinsel bewohnten. Man begegnet dem Begriff in verschiedenster Form durch die Jahrhunderte. Ohne jegliche Herablassung beschreibt z.B. Heinrich Heine in seinem 1851 veröffentlichten Gedicht «Der Mohrenkönig», wie der maurische König Granada, bzw. die iberische Halbinsel verlassen musste.

Viele Gebäude, Strassen, Familiennamen und Ortschaften wurden in Verehrung des heiligen Mauritius, eines heiliggesprochenen Mohren, getauft. St. Mauritius war ein ägyptischer Heeresführer, der, so sagt es die Legende, nicht gegen die Christen in den Krieg ziehen wollte und deshalb in der Nähe der heutigen Schweizer Grenze als Märtyrer hingerichtet wurde. Zur Legion des Heiligen Mauritius sollen auch die beiden Zürcher Stadtheiligen Felix und Regula gehört haben.

Für eine entsprechende Kontextualisierung würden sich Hinweistafeln oder QR-Codes eignen. Diese sollen insbesondere das aktive Vermitteln historischer Gegebenheiten und Zusammenhängen ermöglichen sowie deren Auswirkungen auf die Gegenwart im Stadtraum aufzeigen.

Mitteilung an den Stadtrat

**3893. 2021/189****Postulat von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 21.04.2021:  
Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen**

Von Natalie Eberle (AL) und Brigitte Fürer (Grüne) ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie gesamtstädtisch die Einführung von Velosäcken mit Vorzugsstart für Velofahrende an allen Strassenkreuzungen mit Lichtsignalanlagen eingeführt werden kann. Ebenso soll geprüft werden, wie Velosäcke über eine Velospur erreicht werden können. Prioritär sollen die Kreuzungen der Velostrategie 2030 bearbeitet werden.

Begründung:

Die heute schon eingeführten Velosäcke sind grundsätzlich eine gute Idee, nur ist die Situation für Velofahrende nur dann sicher, wenn diese durch ein eigenes Lichtsignal mit einem Vorzug von mindestens 10 Sekunden, vor den Autofahrer:innen losfahren können. Dies ist oft auch schon für Fussgänger:innen so eingerichtet, die Lichtschaltung könnte darum analog zu den Fussgänger:innenüberquerungen geschaltet werden.

Velosäcke haben auch den Vorteil, dass Linksabbiegen für Velofahrende sicherer ist wenn diese 10 Sekunden vor den Autofahrenden losfahren können.

Mit einem Vorlauf von 10 Sekunden können sich auch weniger versierte Velofahrer:innen auf die Strasse wagen und sicher aus den Velosäcken starten.

Ebenso ist es leider noch immer so, dass viele Velosäcke schlecht zugänglich sind. Damit man diese Velosäcke sicher erreichen kann, soll mit einer separaten Velospur der Zugang ermöglicht werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3894. 2021/190****Postulat von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 21.04.2021:  
Einrichtung von zwei Allwetterplätzen bei der Schule Leimbach**

Von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für die Schülerinnen und Schüler der Schule Leimbach zwei möglichst grosse Allwetterplätze eingerichtet werden können. In die Suche nach geeigneten Standorten sollen auch benachbarte Grundstücke einbezogen werden.

Begründung:

Gemäss Weisung 2020/584 und Auskunft an der Sitzung der SK PRD/SSD vom 26.01.2021 sind auf der neuen Schulanlage Leimbach zwei Allwetterplätze à ca. 390 m<sup>2</sup> Flächeninhalt vorgesehen. Die kantonalen Empfehlungen sehen für eine so grosse Schulzwei Allwetterplätze à 1040 m<sup>2</sup> vor. Den Schülerinnen und Schülern der Schule Leimbach sollen gemäss diesen Empfehlungen möglichst grosse Allwetterplätze für Spiel und Bewegung zur Verfügung stehen. Das ist für die gesunde Entwicklung der Kinder wichtig. Diese Allwetterplätze sollen wenn möglich ebenerdig – und nicht auf dem Dach des Schulhauses - eingerichtet werden, damit sie am Wochenende von der Quartierbevölkerung als Spiel- und Begegnungsort genutzt werden können.

In die Suche nach geeigneten Standorten sollen auch benachbarte Grundstücke, beispielsweise das Areal der ref. Kirchgemeinde Zürich, einbezogen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

**3895. 2021/191****Postulat von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 21.04.2021: Pilotprojekt für ein Angebot an Wohnraum für Obdachlose und Suchtkranke in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution**

Von Willi Wottreng (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 21. April 2021 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie für langjährige Obdachlose und Suchtkranke ein Pilotprojekt initiiert werden kann, das sich am Prinzip «Housing first» und dem Basler Modell gleichen Namens orientiert. Obdachlosen und Suchtkranken, die dies wünschen, soll nach diesem Prinzip Wohnraum zur Verfügung gestellt werden, in Zusammenarbeit mit einer geeigneten Institution, die Wohnungen für vulnerable Personen anbieten kann.

Begründung:

«Housing First» gewährt den vulnerabelsten Personen –«Obdachlosen» –, auf freiwilliger Basis ein Zuhause, dies als Basis für die Lösung weiterer gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Probleme.

Beim heutigen Konzept der Wohnintegration werden vom Grundschemata her Wohnangebote für Obdachlose mit Betreuungsangeboten und Wohnungsbesuchen gekoppelt und Wohnsituationen von Aufsichtspersonen kontrolliert. Ziel ist, jedenfalls einen Teil der Betroffenen zu selbständigem Wohnen zu befähigen; Ausgangspunkt sind beaufsichtigte Wohnformen. Das in Fachkreisen derzeit diskutierte und international in Erprobung befindliche Modell des «Housing First» stellt diesen Ansatz um: Das selbständige Wohnen wird an die erste Stelle gesetzt. Obdachlosen Menschen wird bedingungslos eine Wohnung zur Verfügung gestellt. Der Ansatz «Housing-First» geht davon aus, dass Menschen erst mit einem sicheren Zuhause und mit einer unbefristeten eigenen Wohnung in der Lage sind, auch andere Probleme anzugehen und ihre Lebenssituation insgesamt zu stabilisieren.

Basel hat als erste Stadt der Schweiz ein auf drei Jahre angelegtes Pilotprojekt «Housing First» ins Leben gerufen; beauftragt mit der Durchführung ist die Heilsarmee. Das Wohnungsangebot ist an folgende Voraussetzungen geknüpft: Angesprochene Personen müssen schon seit vielen Jahren obdachlos oder wohnungslos sein, psychische Probleme haben und/oder unter einer Suchterkrankung leiden. Sie müssen gleichzeitig den Willen zum Ausdruck gebracht haben, eine eigene Wohnung zu führen. Therapie- und Betreuungsangebote werden zwar angeboten, die Teilnahme an diesen Angeboten ist aber keine Bedingung für das Wohnen; die eigene Wohnung ist für Bewohnende und Besuchende frei zugänglich. Finanziert wird das Wohnangebot durch Ergänzungsleistungen oder die Sozialhilfe.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass «Housing First» Verbesserungen für vulnerable Personen wie für die ganze Gesellschaft bringt. In Wien beispielsweise leben rund 600 Menschen nach diesem Konzept. Bei einem Grossteil dieser Menschen hat sich die Gesundheit verbessert, ein beträchtlicher Teil hat sogar einen Job gefunden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die drei Motionen und die sechs Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

**3896. 2021/192****Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) und Simon Kälin-Werth (Grüne) vom 21.04.2021:****Benutzung von Fusswegen und Trottoirs durch velofahrende Kinder bis 12 Jahre, bisherige Erfahrungen mit der Neuregelung, Schutz des Fussverkehrs und der Personen bei Bushaltestellen sowie Massnahmen zur Entschärfung von Konflikten und zum Schutz der Kinder**

Von Simone Brander (SP) und Simon Kälin-Werth (Grüne) ist am 21. April 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit 1. Januar 2021 gilt mit Artikel 41 Absatz 4 der Verkehrsregelverordnung (SR 741.11; VRV) folgende Neuregelung für Kinder auf dem Fahrrad: «Sind weder Radweg noch Radstreifen vorhanden, so dürfen Kinder bis 12 Jahre auf Fusswegen und Trottoirs Rad fahren. Sie müssen ihre Geschwindigkeit und Fahrweise den Umständen anpassen. Insbesondere müssen sie auf die Fussgänger Rücksicht nehmen und diesen den Vortritt gewähren.» Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen (mit Geh-, Hör- oder Sehschwächen) und ältere Menschen befürchten eine zusätzliche Gefährdung durch diese Neuregelung. Deshalb wurde diese in der Vernehmlassung entsprechend stark kritisiert. Gerade bei engen Stellen und an Orten mit hohem Fussverkehrsaufkommen verursacht die neue Regelung ein gewisses Gefahrenpotenzial. Dieses gilt es mit der raschen Realisierung von sicherer Veloinfrastruktur zu entschärfen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Erfahrungen hat der Stadtrat mit der Neuregelung seit 1. Januar 2021 gemacht?
2. Wurde bisher bei Unfällen auf dem Trottoir erfasst, ob die Ursache bei der Neuregelung liegen könnte? Falls nein, ist der Stadtrat bereit, dies künftig zu tun und Unfälle diesbezüglich detaillierter zu erfassen?
3. Wie gedenkt der Stadtrat den Fussverkehr, insbesondere mobilitätsbeeinträchtigte Menschen auf den erwähnten Abschnitten, zu schützen?
4. Wie wird erhoben, ob der Fussverkehr (insbesondere mobilitätsbeeinträchtigte Menschen) Wege oder Abschnitte aufgrund der Neuregelung weniger oder gar nicht mehr nutzt, da diese aufgrund der Neuregelung nicht mehr als sicher erfahren werden?
5. Was wird bei den Bushaltestellen zur Wahrung der Sicherheit von aussteigenden und wartenden Personen getan?
6. Wie werden die Kinder beziehungsweise deren Eltern über diese Neuregelung – insbesondere über die Passage «rücksichtsvoll fahren und dem Fussverkehr den Vortritt lassen» – informiert und instruiert? Welche Anstrengungen werden dazu über die Schulen unternommen? Welche Anstrengungen werden unternommen, die Eltern darüber zu informieren, dass sie nicht mit ihren Kindern auf dem Trottoir fahren dürfen?
7. Inwiefern sieht der Stadtrat die Möglichkeit, mit zusätzlicher Information die bestehenden Konflikte zu entschärfen?
8. Wie geht die Stadtpolizei in der Praxis vor, um Verstösse gegen die Neuregelung – insbesondere «rücksichtsvoll fahren und dem Fussverkehr den Vortritt lassen» – zu ahnden? Wie viele Verstösse wurden diesbezüglich seit Anfang Jahr bereits geahndet?
9. Das ASTRA weist darauf hin, dass die Neuregelung – z. B. in Querungsbereichen – auch Risiken birgt: «Hausausgänge und Garagenausfahrten sind oft unübersichtlich.» Was tut der Stadtrat, um die Kinder vor diesen Risiken und Gefahren zu schützen?
10. Inwiefern nimmt der Stadtrat diese Neuregelung zum Anlass, die Fussverkehrsstandards der Stadt Zürich anzuwenden und die Trottoirs entsprechend zu verbreiten bzw. die immer noch vorhandenen, rechtswidrigen Fuss-/Velo-Mischverkehrsflächen auf Trottoirs rascher zu entflechten?
11. Inwiefern nimmt der Stadtrat diese (Übergangs-)Regelung zum Anlass, die Realisierung weiterer sicherer Veloinfrastruktur voranzutreiben, bzw. beim Kanton die prioritäre Behandlung des Baus neuer Radstreifen und Radwege zu beantragen? Welche Strassen(abschnitte) stehen dabei im Vordergrund?

Mitteilung an den Stadtrat

### 3897. 2021/193

**Schriftliche Anfrage von Reto Brüesch (SVP), Emanuel Eugster (SVP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 21.01.2021:**

**Baumängel beim Stadion Letzigrund, Kosten für die Behebung der Baumängel und für die Rechtsverfahren, Deckung der Kosten durch die Gewährleistungssumme und weitere wesentliche Mängel seit dem Bau des Stadions sowie Lehren für künftige Bauvorhaben**

Von Reto Brüesch (SVP), Emanuel Eugster (SVP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 21. April 2021 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Im Jahr 2006/2007 wurde das Letzigrund Stadion rückgebaut, neu ausgehoben und das neue Stadion wurde von der Stadt Zürich als Auftraggeber am 30. August 2007 eingeweiht. Nach kurzer Zeit stellte man Mängel fest, unter anderem an der Dachkonstruktion und die Stadt tritt sich vor Gericht mit der Baufirma Implenia um CHF 23 Mio. Gemäss Medienmitteilung der Implenia vom 14. April 2021 hat man sich nun geeinigt. Damit seien auch die Auseinandersetzung um die Rückzahlung der von der Stadt Zürich gezogenen

Gewährleistungsgarantie und die von der Stadt Zürich geltend gemachten Mängelbeseitigungskosten erledigt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Sind nun alle wesentlichen Baumängel behoben oder gibt es noch offene Probleme?
2. Wie hoch ist die Summe, welche von der Stadt in die Behebung der Mängel inklusive Planungsleistungen gesteckt wurde?
3. Wie hoch sind die gesamten Kosten für die Rechtsverfahren und wie viele davon muss die Stadt selbst bezahlen?
4. Sind mit der gezogenen Gewährleistungssumme von CHF 12 Mio. die Gesamtkosten für die Mängelbeseitigung und die Rechtsverfahren der Stadt gedeckt? Falls nicht, wieviel muss die Stadt tragen?
5. Wie hoch sind die Erstellungskosten mit all den Anpassungen und Ergänzungen für den Ersatzneubau des Stadions nun ausgefallen?
6. Sind in den letzten 14 Jahren weitere wesentliche Mängel am Bauwerk aufgetaucht und falls ja, wie ist man damit umgegangen?
7. Was hat man aus dem Fall für zukünftige Bauvorhaben gelernt?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

### **3898. 2019/494**

**BeKo RP SLÖBA/V, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Andrea Leitner Verhoeven (AL)**

Es wird gewählt (Zirkularbeschluss des Büros vom 20. April 2021):

Olivia Romanelli (AL)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählte

### **3899. 2021/101**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Mischa Schiow (AL), Sofia Karakostas (SP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 10.03.2021:  
Bauprojekt an der Witikonstrasse in Zürich-Hirslanden, Stellungnahme zur Ausnützungserhöhung im Rahmen der BZO-Revision 2016, Gründe für die fehlende Sicherung der Siedlungsqualität durch eine Quartiererhaltungszone und Berücksichtigung der Vorgaben des ISOS sowie generelle Beurteilung der Strassenzüge mit erhöhter Ausnützung und der Bewilligungspraxis von Bauvorhaben betreffend Lärmschutz**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 331 vom 7. April 2021).

**3900. 2021/102**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Christina Schiller (AL), Natascha Wey (SP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 10.03.2021:**

**Polizeieinsatz gegen die Aktionen im Rahmen des «8. März Unite», Beurteilung der kantonalen Covid-Verordnung betreffend die politischen Kundgebungen, Angaben zu den Kundgebungen und den polizeilichen Massnahmen vor und nach den kantonalen Verschärfungen sowie Massnahmen zur Gewährleistung der politischen Grundrechte auch während der Pandemiebekämpfung**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 358 vom 14. April 2021).

**3901. 2021/103**

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Christina Schiller (AL), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 10.03.2021:**

**Polizeieinsatz gegen die Aktionen im Rahmen des «8. März Unite», Beurteilung des Einsatzes, der Einsatzvorgaben und der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen sowie Haltung des Stadtrats hinsichtlich der Gewährleistung der politischen Rechte während der Corona-Pandemie**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 359 vom 14. April 2021).

**3902. 2021/18**

**Schriftliche Anfrage von Pascal Lamprecht (SP), Joe A. Manser (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 13.01.2021:**

**Koordination der Luftrettung durch die Einsatzzentrale Schutz & Rettung Zürich, Qualitätsstandard für die Berücksichtigung der Rettungsunternehmungen, Mengengerüste der Rettungseinsätze und Tagesparkplätze für Rettungshelikopter sowie Synergien und Kooperationen mit anderen Rettungsunternehmungen**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 357 vom 14. April 2021).

**3903. 2021/19**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Frank Rühli (FDP), Yasmine Bourgeois (FDP) und 17 Mitunterzeichnenden vom 13.01.2021:**

**Zusammenarbeit mit den forschungsorientierten Institutionen in einer Stadt, heutiger strukturierter Dialog mit den wichtigsten forschungsorientierten Partnern und Möglichkeit zur Verbesserung der Bedingungen mittels eines «City Science Officers» sowie Bezeichnung der grössten Herausforderungen für die langfristige Planung von städtebaulich und forschungsfreundlichen Projekten**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 328 vom 7. April 2021).

**3904. 2021/21**

**Schriftliche Anfrage von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Selina Walgis (Grüne) vom 13.01.2021:**

**Begabungs- und Begabtenförderung, Angaben zu den beteiligten Schulen, den verantwortlichen Lehrpersonen, den Weiterbildungsveranstaltungen, den teilnehmenden Schülerinnen und Schülern, den Massnahmen betreffend sozialer Herkunft und der Abgrenzung gegenüber der Gymivorbereitung sowie Evaluation des Pilotprojekts hinsichtlich einer flächendeckenden Einführung des Konzepts**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 362 vom 14. April 2021).

**3905. 2019/437**

**Weisung vom 24.10.2019:**

**Amt für Städtebau, kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich, Festsetzung, Nichtabschreibung Motion**

Gegen den Gemeinderatsbeschluss Nr. 3812 vom 10. April 2021 (Dispositivziffer 1 und 2) haben folgende 116 Ratsmitglieder (Quorum = 42 Ratsmitglieder gemäss Art. 12 Abs. 1 lit. c Gemeindeordnung) das Parlamentsreferendum ergriffen:

Peter Anderegg (EVP), Walter Angst (AL), Walter Anken (SVP), Përparim Avdili (FDP), Tobias Baggenstos (SVP), Samuel Balsiger (SVP), Roger Bartholdi (SVP), Monika Bättschmann (Grüne), Duri Beer (SP), Roberto Bertozzi (SVP), Dr. Florian Blättler (SP), Judith Boppart (SP), Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Sarah Breitenstein (SP), Reto Brüesch (SVP), Alexander Brunner (FDP), Patrik Brunner (FDP), Susanne Brunner (SVP), Marcel Bührig (Grüne), Martin Bürki (FDP), Nicolas Cavalli (FDP), Ernst Danner (EVP), Hans Dellenbach (FDP), Marco Denoth (SP), Simon Diggelmann (SP), Mélissa Dufournet (FDP), Natalie Eberle (AL), Heidi Egger (SP), Andreas Egli (FDP), Dr. Mathias Egloff (SP), Angelica Eichenberger (SP), Niyazi Erdem (SP), Emanuel Eugster (SVP), Renate Fischer (SP), Roger Föhn (EVP), Anjushka Früh (SP), Brigitte Fürer (Grüne), Isabel Garcia (GLP), Dr. David Garcia Nuñez (AL), Marco Geissbühler (SP), Helen Glaser (SP), Martin Götzl (SVP), Dr. Davy Graf (SP), Urs Helfenstein (SP), Simone Hofer Frei (GLP), Julia Hofstetter (Grüne), Patrick Hadi Huber (SP), Nadia Huberson (SP), Christian Huser (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Stephan Iten (SVP), Maya Kägi Götz (SP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Hans Jörg Käppeli (SP), Sofia Karakostas (SP), Andreas Kirstein (AL), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Sabine Koch (FDP), Michael Kraft (SP), Guy Krayenbühl (GLP), Markus Kunz (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Luca Maggi (Grüne), Patrik Maillard (AL), Joe A. Manser (SP), Mathias Manz (SP), Res Marti (Grüne), Severin Meier (SP), Dr. Christian Monn (GLP), Felix Moser (Grüne), Marcel Müller (FDP), Rolf Müller (SVP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Ursula Näf (SP), Martina Novak (GLP), Beat Oberholzer (GLP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Matthias Probst (Grüne), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mattias Renggli (SP), Mark Richli (SP), Derek Richter (SVP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Dr. Frank Rühli (FDP), Alan David Sangines (SP), Marcel Savarioud (SP), Christina Schiller (AL), Mischa Schiwow (AL), Marion Schmid (SP), Michael Schmid (FDP), Elisabeth Schoch (FDP), Christine Seidler (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP), Ronny Siev (GLP), Sven Sobernheim (GLP), Roger-Paul Speck (SP), Marcel Tobler (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Michel Urben (SP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP), Sebastian Vogel (FDP), Selina Walgis (Grüne), Natascha Wey (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP), Willi Wottreng (AL), Sebastian Zopfi (SVP), Martina Zürcher (FDP), Dominique Zygmunt (FDP)

Mitteilung an den Stadtrat

Nächste Sitzung: 19. Mai 2021, 17 Uhr.